

Zensurwelle im Internet: Gegenhalten!

Birmas Diktatoren, der Protest und das Netz: Dem Internet ist es zu verdanken, dass von den Demonstrationen in Birma so viele Nachrichten in die Welt gelangten. Kurzerhand kappte die Militärdiktatur die Leitungen. Sie ist mit ihrer Angst vor Meinungsfreiheit nicht allein.

Von **Grietje Bettin**

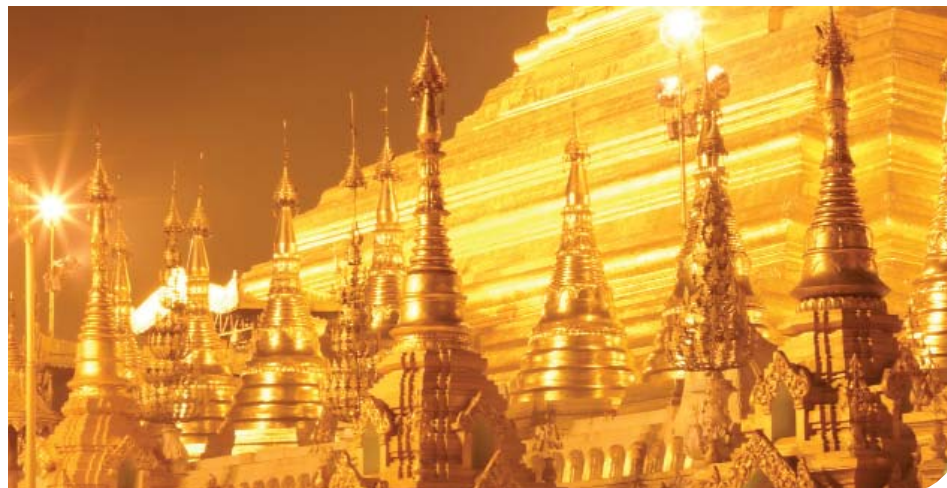
In China passiert der gesamte Datenverkehr den Regierungsserver, der unerwünschte Informationen unterdrückt. Die Türkei schaltet YouTube aufgrund

missliebiger Filmchen über Staatsgründer Atatürk ab. In Jemen reicht Kritik an der Regierung, damit der virtuelle Stecker gezogen wird. Das Internet ist eine wahre Herausforderung für Regime, die sich durch Meinungsfreiheit gefährdet sehen. Kein Wunder, dass die Zensur

im Netz so rasant ansteigt wie die Nutzung des Internet selbst.

Die staatlichen Möglichkeiten zur Zensur des Internets sind groß. Die einfachste und effektivste Kontrolle liegt darin, ausschließlich systemtreuen Leuten Zugang zu gewähren, wie in Turkmenistan der Fall. Dort haben nur ca. 1.000 Menschen über Dienstcomputer Netzzugang.

Usbekistan hingegen reguliert das Surfverhalten seiner BürgerInnen: Provider müssen bestimmte Internetadressen auf andere, regierungskonforme Seiten umleiten. Möglich ist auch die Filterung einzelner unerwünschter Seiten und Seiteninhalte. So lassen sich manche



Dieses Bild aus Birma darf gesehen werden: Die Shwedagon-Pagode

Seiten nur teilweise darstellen, aber auch nur, so lange sie keine politisch unerwünschten Begriffe enthalten.

Yahoo und Co. als Lakaien des Staatsterrors

Surfen kann für User wirklich gefährlich werden. Viele Regierungen fordern von Internet-Providern, Surfverhalten ihrer Kunden aufzuzeichnen, um Beweise für den Besuch missliebiger Seiten zu erhalten. Usern drohen z. T. schwere Strafen, wenn sie zensierte Seiten abrufen.

Willige Handlanger sind dabei einige Internetprovider wie Yahoo, die den Behörden von Diktaturen gern auch mal mit Nutzungsdaten aushelfen, wenn damit Dissidenten dingfest gemacht werden können. Ergebnis: Zwei chinesische Online-Dissidenten sitzen nun lange Haftstrafen ab. Aber auch andere Netzriesen wie Microsoft und Google stellen Meinungsfreiheit und andere Menschenrechte auch mal hintan, wenn's dem Profit dient.

Reporter ohne Grenzen hat auf seiner Homepage ein Barometer, das immer

die aktuelle Zahl von Online-Dissidenten anzeigt.

Widerstand tut not!

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Und so vielseitig Zensur agiert, noch phantasievoller ist die Gegenwehr. Über die Website irrepressible.info von Amnesty International kann man zensierte Inhalte auf die eigenen Homepage laden und damit die Zensur erschweren. Eine geniale Idee ist auch picidae.net. Hier werden Bilder von zensurgefährdeten Webseiten erstellt, so dass Zensurbehörden nicht mehr automatisiert nach Begriffen suchen können. Mit der Software „Psiphon“ der Universität Toronto können über vertrauenswürdige sog. soziale Netzwerke, behördliche Zensur- bzw. Filtersysteme umgangen werden.

Noch mehr Infos und Ideen zu Mitmachen gibt es in meinem regelmäßig aktualisierten Zensur-Special

http://www.grietje.de/cms/default/rubrik/11/11022.zensur_im_internet.htm

Worauf warten wir noch? ●



Grietje Bettin, medienpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Mit regionaler Kooperation für Meeresschutz und Sicherheit auf See

Von Rainer Steenblock



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Unsere Meere verbinden Menschen über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus. Meere sind für die Menschen Transportweg, Nahrungsquelle, Handelsroute und Erholungsgebiet. Sie halten unser Klima im Gleichgewicht und sind unsere Lebensgrundlage. Sie zu schützen, muss ein vitales Interesse der Halbinsel EU sein, die umgeben ist von Nord- und Ostsee, Atlantik, Mittelmeer und seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar dieses Jahres auch vom Schwarzen Meer. Die EU steht in der Verantwortung für den guten ökologischen Zustand dieser Meere. Doch ungenügende Sicherheit von Öltankern, Schiffsemissionen, zunehmender Schiffsverkehr, Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, Überfischung und illegale Fischerei machen den Meeren zu schaffen.

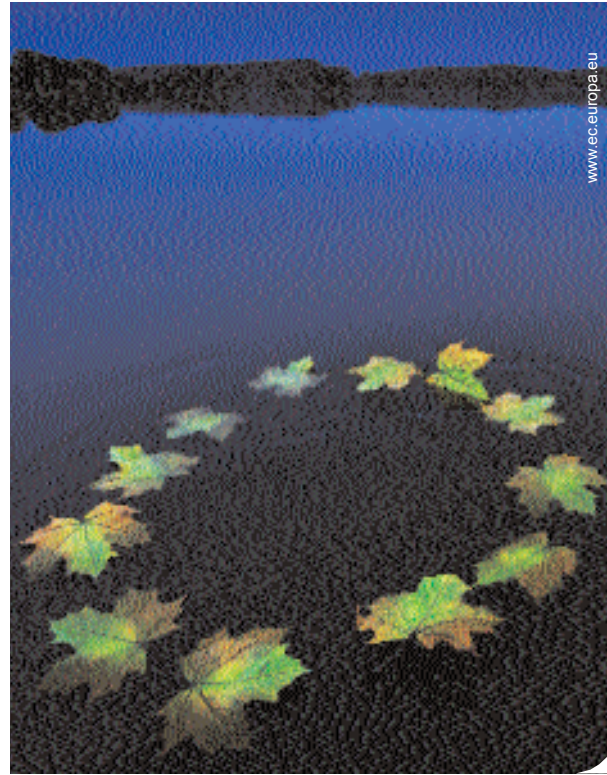
Die Europäische Meerespolitik der Europäischen Kommission hat den Anspruch, die unterschiedlichen Belastungen unserer Meere zu berücksichtigen. Leider berücksichtigt die Kommission regionale Kooperationen bisher nur unzureichend. Mit dem Baltic Sea Action Plan hat nun die Helsinki-Kommission einen wichtigen Schritt für ein Meeresschutzregime für die Ostsee getan. Der Aktionsplan benennt konkrete Gefahren, wie steigende Schiffstransporte durch enge Passagen und Einleitungen aus der Landwirtschaft, und schlägt gemeinsame Maßnahmen vor. Das Besondere ist, dass Russland als Nicht-EU-Mitglied mit am Tisch sitzt. Allerdings fehlen im Aktionsplan wichtige Gefahren wie Hunderttausende Tonnen Munitionsaltlasten aus dem

Zweiten Weltkrieg auf dem Grund der Ostsee. Ungeklärt ist, wie gefährlich die Altlasten sind und wie mit ihnen umgegangen wird.

Regionale Kooperation schafft Vertrauen. Genau das fehlt in der Diskussion um die politisch und ökologisch höchst fragwürdige Gaspipeline durch die Ostsee. Schweden, Estland und Lettland fordern Untersuchungen der ökologischen Verträglichkeit, Polen befürchtet, Russland könne dem Nachbarn den Energiehahn zudrehen. Doch die Bundesregierung weigert sich, die Akten zum Projekt zu veröffentlichen. Wenn sie das Vertrauen ihrer Partner im Ostseeraum und in der deutschen Diskussion zurückgewinnen will, muss sie eine offene Debatte über Sinn und Unsinn des deutsch-russischen Projekts ermöglichen.

Die Schwarzmeerregion wird als Transitroute für die Energieversorgung der EU immer wichtiger. Die Schiffshavarien auf dem Schwarzen Meer machen die Notwendigkeit guter Zusammenarbeit für Meeresschutz und Sicherheit auf See gerade dort deutlich, wo der Schiffsverkehr rasant zunimmt. Gleichzeitig ist das Schwarze Meer Belastungen durch Öl aus Pipelines, Industrieinträge und eine nicht-nachhaltige Fischerei ausgesetzt. Die EU sollte daher frühzeitig den marinen Dialog fördern und auf regionalen Initiativen aufbauen.

Wir brauchen mehr regionale Kooperationen – auch für das Kaspische Meer in der östlichen Nachbarschaft der EU, für die Nordsee und das Mittelmeer. Entsprechende Maßnahmen und Ziele sollte die EU in ihre Meerespolitik, die Kooperations- und Partnerschaftsabkommen,



die Europäische Nachbarschaftspolitik und weitere Instrumente einbeziehen.

Unsere Anträge „Den Baltic Sea Action Plan zum Baustein einer Europäischen Meerespolitik weiterentwickeln und den Ostseeraum zur Modellregion für regionale Kooperationen machen“, „Für eine nachhaltige und umfassende Meerespolitik für die EU“, die Stellungnahme der grünen Bundestagsfraktion zur EU-Meerespolitik sowie die Dokumentation des Fachgesprächs „Grüne Forderungen an eine nachhaltige europäische Meerespolitik“ findet Ihr unter


<http://www.rainer-steenblock.de> ●

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Pia Kohorst
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainer.steenblock@bundestag.de

 www.rainer-steenblock.de

Citta Slow: Mit regionalen Besonderheiten im Tourismus punkten



gb Nachdem es in den letzten Jahren in den ostdeutschen Bundesländern erhebliche Investitionen in die Basisstruktur gegeben hat, stehen einige Regionen inzwischen besser da als die westdeutschen Wettbewerber. Schleswig-Holstein spürt dies deutlich, Mecklenburg-Vorpommern liegt in der Beliebtheitskala erheblich weiter vorn.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat kürzlich den Tourismus in Ostdeutschland untersucht. Die Studie stellt fest, dass die Morphologie des Urlaubsorts die Entscheidung am stärksten beeinflusst, so sind Strand und Berge wahre Touristenmagnete. Und tatsächlich stärkt Mecklenburg-Vorpommern seine herausragende Position im nationalen und internationalen Vergleich durch seine naturräumlichen Ressourcen. Sachsen hingegen punktet mit der Strategie, sein kulturelles Erbe zu betonen.

Eine Verbindung naturräumlicher und kultureller Besonderheiten ist demnach das Erfolgskonzept für Tourismus. Und genau dieses sieht das internationale Citta Slow-Konzept vor, das in den 90er Jahren in Italien entwickelt wurde. Der Vereinheitlichung und der Verflachung regionaler Unterschiede setzt Citta Slow die Weiterentwicklung regionaler Besonderheiten entgegen: Kultur, traditionelles Handwerk, landschaftliche Schönheit, Umweltschutz... Citta Slow setzt darauf, diese Besonderheiten zu erkennen, zu bewahren und weiter zu entwickeln.

In Deutschland gibt es bislang nur fünf Städte, die Citta Slow umgesetzt haben - alle im süddeutschen Raum. Das heimische Handwerk und der Fremdenverkehr profitieren davon.

Ich halte das Citta Slow-Konzept für geeignet, Schleswig-Holstein im touristischen Wettbewerb mit anderen Bundes-

ländern wesentliche Impulse zu geben. Und Citta Slow kann noch mehr: Unter diesem Label lässt sich eine komplette lebensfreundliche Stadtentwicklung unter Beteiligung aller Menschen, die dort leben, voranbringen. Eine interessante Perspektive, die gerade angesichts der anstehenden Kommunalwahlen an Gewicht gewinnt. ●

www.cittaslow.info

www.g-bettin.de

Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

 www.g-bettin.de

Mit dem Reformvertrag raus aus der EU-Blockade!

rs Es ist geschafft: der Reformvertrag für die EU ist reif für die Unterschrift der 27 Staats- und Regierungschefs. Beim Gipfeltreffen am 14. Dezember in Lissabon wollen sie ihn unterzeichnen, dann müssen noch alle Parlamente zustimmen. Bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 soll der Vertrag in trockenen Tüchern sein. Damit kommen auch die Reformen, die so dringend notwendig sind, um die EU handlungsfähig zu machen. Die wichtigsten Neuerungen sind mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, mehr demokratische Rechte für das Europäische Parlament, die rechtsverbindliche Grundrechtecharta und eine besser abgestimmte Außenpolitik der EU.

Infos zum Reformvertrag und zu den grünen parlamentarischen Initiativen findet Ihr unter

<http://www.rainder-steenblock.de> ●

Schlechtes Klima zu Wasser und zu Land - Fachgespräch zu Schiffsemissionen

rs Wenn es um die größten Klimaschädiger unter den Verkehrsträgern geht, denken wir zuerst an Sprit fressende Autos oder an Flugzeuge. Aber wie sieht es mit Schiffen aus? Dieser Frage sind wir bei unserem Fachgespräch „Schlechtes Klima zu Wasser und zu Land - Instrumente gegen Schiffsemissionen“ im Hamburger Rathaus nachgegangen.

Die Versorgung von Schiffen in Häfen mit Landstrom wird in der aktuellen Klimadebatte hoch gehandelt, so die einhellige Meinung von Vertretern der GAL-Bürgerschaftsfraktion, dem Umweltbundesamt, des Verbands deutscher Reeder und von Wirtschaftsunternehmen. Kontrovers wurde diskutiert, ob die landseitige Stromversorgung Allheilmittel oder nur ein Instrument unter Vielen ist. Schädliche Kohlendioxid-Emissionen lassen sich auch durch eine verbesserte



Bernd Sterzl / pixelio.de

Qualität und niedrigere Grenzwerte für Kraftstoffe sparen. Erster Schritt sollte das Verbot von Schweröl in der Schifffahrt sein.

Den Bericht zum Fachgespräch sowie den Antrag der grünen Bundestagsfraktion „Klima- und umweltpolitische Herausforderungen der Hochseeschifffahrt“ findet Ihr unter

<http://www.rainder-steenblock.de> ●